

Im Teufelskreis der Kredite

Tito Boeri sieht Italien nach der Verurteilung Berlusconis am Rand der Wirtschafts-Destabilisierung.

Viele, auch jene, die nicht der Sympathien für Berlusconi verdächtigt werden können, hatten sich vergangene Woche gewünscht, dass das Berufungsgericht die Zeitbombe entschärft. Sie fürchteten eine Regierungskrise in einem sehr heiklen Moment. Es besteht noch immer das Risiko einer Destabilisierung der Lage nach der definitiven Verurteilung von Berlusconi.

Aber was wäre passiert, wenn das Gericht das Urteil so lange aufgeschoben hätte, dass es nicht mehr das Risiko einer Destabilisierung der Lage nach der definitiven Verurteilung von Berlusconi gegeben: Berlusconi ist des Steuerbetrugs schuldig gesprochen worden, weil er die Gewinne eines börsennotierten Unternehmens (Mediaset) an Firmen in Steuerparadiesen überwiesen hat, die zu 100 Prozent dem Großaktionär gehören. Dieses illegale Verhalten hat den italienischen Staat sieben Millionen Euro gekostet.

Die wirtschaftliche Notlage zwingt uns, nicht nur eine Regierung zu haben, sondern eine, die sofort agieren kann. Denn es gibt einige positive Signale aus der italienischen Wirtschaft. Die Einkäufe der Industrie sind im März gestiegen, die Industrieproduktion fällt nicht mehr, und andere Indikatoren, die generell die Konjunktur vorwegnehmen, weisen auf Schönwetter hin. Auch das Vertrauen der Verbraucher und der Unternehmen verbessert sich.

Aber das Ende der Rezession könnte nur eine einfache Pause sein, wenn man nicht den Teufelskreis durchbricht, der von der Kreditklemme zu den Problemerkrediten reicht. Die Banken reduzieren Kredite, bringen so die Unternehmen in Schwierigkeiten, die ihre Schulden nicht bezahlen können, was die Banken wiederum zwingt, die Kreditvergabe weiter zu reduzieren.

Um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, müssen Italiens Unternehmen stär-



Alberto Cristofari/AGF/Contrasto (R)

ker kapitalisiert werden. Die Bilanzen zeigen, dass das Nettokapital jener, die die Krise überlebt haben, 2012 rund drei Prozent gewachsen ist. Zu wenig. Besitzer kleiner Unternehmen, die traditionell ungern Geld aus der eigenen Tasche einsetzen, sollten ihre persönlichen Vermögen in die Unternehmen investieren und sich externen Zuführen in Form von Managern und Kapital öffnen. Man müsste dafür Anreize schaffen, etwa durch Steuervorteile. Wich-

tig ist auch, ihnen zu helfen, alternative Finanzierungsquellen zu finden.

Angesichts der Problemerkredite der Banken hat der öffentliche Garantiefonds für die kleinen Unternehmen einen geringen Hebel und muss dauernd refinanziert werden. Das gilt erst recht jetzt, wo klar ist, dass die EZB so gut wie nichts tun wird, um wie in den USA einen Markt für strukturierte Produkte zu schaffen, die Anleihen von Kleinunternehmen umfassen. Ein

Großteil der Mittel für den Garantiefonds für die Kleinunternehmen könnte von jenen 40 Milliarden Euro aus Strukturfonds kommen, die zwischen 2007 und 2012 nicht genutzt wurden.

Das Thema der Neuordnung der Strukturfonds ist ein weiterer Grund, weshalb Italien eine funktionierende Regierung braucht. In Europa wird derzeit noch einmal darüber nachgedacht, zu welchen Bedingungen man Griechenland, Italien und anderen Ländern der sogenannten Peripherie die Haushaltssanierung aufgezwungen hat. Schließlich hat es Europa nicht geschafft, neben den Ausgabesenkungen und höheren Steuern auch die Agenda der sogenannten Strukturreformen voranzubringen, die das Wachstum der Wirtschaft oder der Union steigern können.

Heute machen Dienstleistungen mehr als zwei Drittel des Umsatzes der EU aus. Aber nur ein Viertel des Außenhandels in der EU fällt auf diesen Bereich, weil es in den verschiedenen Ländern starke Hürden gegen die Konkurrenz gibt.

Das sind die Voraussetzungen, um das System der Strukturfonds von Grund auf ändern zu können. Statt nicht ausgegeben zu werden oder viele kleine Projekte mit zweifelhaftem Nutzen zu finanzieren, sollten die Mittel dazu dienen, Strukturreformen in den Ländern mit wenig Spielraum voranzubringen. Denn die nützlichsten Strukturreformen sind schwierig durchzusetzen, wenn man den Verlierern nicht hilft. So könnte man die Strukturfonds nutzen, um die Lohnsteuern für Geringverdienende zu senken, während man gleichzeitig der Steuerhinterziehung den Kampf ansagt und die sozialen Auffangleistungen reformiert wie in Deutschland vor zehn Jahren.

Der Autor ist Ökonom an der Mailänder Bocconi-Universität und Gründer der Ökonomie-Plattform lavoce.info.
Sie erreichen ihn unter:
gastautor@handelsblatt.com

